

**Mitteilung des Senats vom 21. November 2006**

**Bremen ganz hinten beim Bundesländer-Dynamik-Ranking**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat unter Drucksache 16/1153 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat den letzten Platz Bremens unter allen Bundesländern bei der Entwicklung der Arbeitslosenquote zwischen 2003 und 2006 und das schlechte Abschneiden bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit?

Die im vorgenannten Bundesländerranking 2006 ausgewiesene Entwicklung der Arbeitslosenquoten, demzufolge das Land Bremen den höchsten Zuwachs aller Bundesländer zwischen 2003 und 2006 aufweist, muss unter Beachtung der sich zwischenzeitlich ergebenden Umstellung in der Arbeitslosenstatistik bewertet werden. Die statistischen Effekte infolge des In-Kraft-Tretens des Sozialgesetzbuches II (SGB II) – auch Hartz-IV-Effekt genannt – wirken sich in den Ländern unterschiedlich auf die Erfassung der Arbeitslosigkeit seit Beginn des Jahres 2005 aus. Insofern sind die in der Studie aufgeführten Veränderungen in den Arbeitslosenquoten insbesondere zwischen Stadtstaaten und Flächenländern bzw. zwischen den alten und neuen Ländern nur bedingt vergleichbar und interpretationsbedürftig.

Am aktuellen Rand der Arbeitsmarktstatistik (September 2006, vergleiche Tabelle 1) weisen die Arbeitslosenquoten im Ländervergleich die allgemein bekannte Spaltung des Arbeitsmarktes zwischen Ost- und Westdeutschland aus. Ausnahmslos sind die Arbeitslosenquoten in den ostdeutschen Ländern höher als in den westdeutschen. Das Land Bremen hat unter den westdeutschen Ländern nach wie vor die höchste Arbeitslosenquote. Damit ist nach Ansicht des Senats die arbeitsmarktpolitische Situation im Land Bremen weiterhin besorgniserregend. Dennoch kann aus der Veränderung der Arbeitslosenquoten der Länder im Betrachtungszeitraum 2003 bis 2006, wonach das Land Bremen im Ländervergleich den letzten Platz einnimmt, eine relative Verschlechterung wegen der oben genannten statistischen Effekte für das Land Bremen nicht abgeleitet werden.

In der Veränderung von September 2003 auf September 2006 (vergleiche Tabelle 1) weisen sämtliche ostdeutschen Länder im Zuge der konjunkturellen Entwicklung abnehmende Arbeitslosenquoten auf, während dies in Westdeutschland nur bei Schleswig-Holstein und Bayern der Fall ist.

Tabelle 1: Arbeitslosenquoten (alle ziv. EP) der Länder  
(September 2003 und September 2006)

Länder	September 2003	September 2006	Veränderung %-Punkte	Veränderung in %
Bremen	12,8	14,4	+ 1,6	+ 12,5
Schleswig-Holstein	9,3	9,2	- 0,1	- 1,1
Hamburg	9,8	10,6	+ 0,8	+ 8,2
Mecklenburg-Vorpommern	19,1	18,0	- 1,1	- 5,8
Niedersachsen	9,0	9,8	+ 0,8	+ 8,9

Länder	September 2003	September 2006	Veränderung %-Punkte	Veränderung in %
Nordrhein-Westfalen	9,8	10,9	+ 1,1	+ 11,2
Hessen	7,8	8,7	+ 0,9	+ 11,5
Rheinland-Pfalz	7,2	7,4	+ 0,2	+ 2,8
Saarland	9,0	9,5	+ 0,5	+ 5,6
Baden-Württemberg	6,0	6,0	0	0
Bayern	6,5	6,1	- 0,4	- 6,2
Berlin	17,7	17,1	- 0,6	- 3,4
Brandenburg	18,1	16,0	- 2,1	- 11,6
Sachsen-Anhalt	19,8	17,5	- 2,3	- 11,6
Thüringen	16,1	14,5	- 1,6	- 9,9
Sachsen	17,0	15,9	- 1,1	- 6,5
Bundesrepublik	10,1	10,1	0	0
West	8,1	8,5	+ 0,4	+ 4,9
Ost	17,8	16,4	- 1,4	- 7,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Die im Vereinigungsprozess nach 1990 spezifische Ausgestaltung der Sozialversicherung in den ostdeutschen Ländern führte zu einer Dominanz der alten Arbeitslosenhilfe im Verhältnis zur Sozialhilfe als Transferleistung. Dies hatte zur Folge, dass in den ostdeutschen Ländern bei der Umstellung der Arbeitsmarktstatistik der Hartz-IV-Effekt kaum eine Rolle spielte und es im Gegensatz zu den westdeutschen Ländern nicht zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Statistik kam. Die statistischen Effekte führten insgesamt dazu, dass die reale Entwicklung verzerrt wurde und die ostdeutschen Länder trotz weiterhin äußerst schwieriger Arbeitsmarktbedingungen allesamt Spitzenreiter in Bezug auf die Veränderung in der Arbeitslosenquote wurden.

Innerhalb der alten Länder wirkte sich der Hartz-IV-Effekt aufgrund der seit 2005 nahezu vollständigen Erfassung der vormals arbeitslosen erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in der Arbeitslosenstatistik verschärfend auf Städte wie Bremen und Bremerhaven aus, da in städtischen Ballungsgebieten die Sozialhilfedichte erheblich höher ist als in ländlichen Gebieten.

Ein Vergleich mit anderen Großstädten (vergleiche Tabelle 2) belegt die Auswirkung der vorstehend problematisierten Sozialhilfedichte und deren Einfluss auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote im Betrachtungszeitraum.

Tabelle 2: Arbeitslosenquoten (alle ziv. EP) der Städte (September 2003 und 2006)

Städte	September 2003	September 2006	Veränderung %-Punkte	Veränderung in %
Hamburg	9,8	10,6	+ 0,8	+ 8,2
Bremen	11,8	13,2	+ 1,4	+ 11,9
Düsseldorf	9,4	11,4	+ 2,0	+ 21,3
Duisburg	13,8	16,2	+ 2,4	+ 17,4
Essen	11,5	14,7	+ 3,2	+ 27,8
Köln	11,7	12,6	+ 0,9	+ 7,7
Dortmund	14,2	16,8	+ 2,6	+ 18,3
Frankfurt	8,5	10,5	+ 2,0	+ 23,5
Stuttgart	7,1	7,9	+ 0,8	+ 11,3
München	6,7	7,0	+ 0,3	+ 4,5
Berlin	17,7	17,1	- 0,6	- 3,4
Wolfsburg	8,0	9,6	+ 1,6	+ 20,0
Oldenburg	10,7	12,3	+ 1,6	+ 15,0
Osnabrück	10,0	10,4	+ 0,4	+ 4,0

Städte	September 2003	September 2006	Veränderung %-Punkte	Veränderung in %
Wilhelmshaven	12,9	14,2	+ 1,3	+ 10,1
Bremerhaven	17,6	20,0	+ 2,4	+ 13,6
Bottrop	12,1	12,8	+ 0,7	+ 5,8
Darmstadt	8,2	10,1	+ 1,9	+ 23,2
Offenbach	11,8	14,1	+ 2,3	+ 19,5
Heilbronn	9,1	8,4	- 0,7	- 7,7
Regensburg	8,7	8,5	- 0,2	- 2,3
Rostock	18,7	17,2	- 1,5	- 8,0
Gera	18,5	17,4	- 1,1	- 5,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Stadt Bremen nimmt bei der Veränderung der Arbeitslosenquoten einen Mittelplatz ein und steht damit deutlich vor den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Essen und Dortmund. Selbst Städte mit günstigerer Arbeitsmarktlage wie Düsseldorf oder Frankfurt weisen deutlich höhere Zuwachsraten in der Arbeitslosenquote auf als die Stadt Bremen.

Der entsprechende Vergleich mit mittelgroßen Städten belegt die prekäre Arbeitsmarktlage in Bremerhaven. Bezogen auf die Veränderung nach Prozentpunkten liegt Bremerhaven auf dem letzten Platz. Lediglich in Bezug auf die prozentuale Veränderung weisen die Städte Wolfsburg, Oldenburg, Darmstadt und Offenbach höhere Zuwachsraten im Betrachtungszeitraum auf, allerdings bei einem deutlich geringeren Ausgangsniveau. Selbst im Vergleich mit ostdeutschen Städten wie Rostock und Gera hat Bremerhaven mittlerweile eine mit Abstand höhere Arbeitslosenquote.

Betrachtet man die Veränderungen bei den Arbeitslosenquoten in den Ländern und in den Großstädten, so wird auch hier deutlich, dass der Hartz-IV-Effekt sich wegen der bereits genannten Sozialhilfedichte überproportional in städtischen Ballungsgebieten auswirkte. Zusammenfassend stellt der Senat fest, dass bei der Bewertung des Bundesländerranking 2006 zwischen Effekten auf Grund statistischer Umstellungen und realer Entwicklung zu differenzieren ist. Dies ändert wiederum nichts daran, dass die arbeitsmarktpolitische Situation im Land Bremen besorgniserregend ist. Nach wie vor ist es daher nach Ansicht des Senats geboten, im Rahmen der Wirtschaftsstruktur-, Arbeitsmarkt- und Wissenschaftspolitik weiterhin alle Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auszuschöpfen und nach Möglichkeit die vorhandenen Anstrengungen zu verstärken.

Im Zeitraum 2003 bis 2005 weist die Entwicklung der Erwerbstätigkeit (vergleiche Tabelle 3) im Gegensatz zur Entwicklung der Arbeitslosenquoten eine im Ost-West-Vergleich nahezu umgekehrte Rangfolge der Länder aus. Mit Ausnahme von Berlin, dessen Entwicklung vermutlich von Sondereffekten infolge der Hauptstadtfunction geprägt sein dürfte, befinden sich alle ostdeutschen Länder am unteren Ende des Ranking. Diese gegensätzliche Entwicklung unterstreicht noch einmal die vorstehende Interpretation bezüglich des Hartz-IV-Effektes.

Tabelle 3: Erwerbstätige in den Ländern 2003 bis 2005

Länder	Grundzahlen in 1.000		Veränderung 2005 zu 2003 in %
	2003	2005	
Baden-Württemberg	5.376,6	5.399,8	0,43
Bayern	6.316,5	6.354,7	0,60
Berlin	1.526,1	1.543,6	1,01
Brandenburg	1.011,8	1.008,7	- 0,31
Bremen	384,1	381,2	- 0,76
Hamburg	1.037,4	1.047,1	1,01
Hessen	3.025,6	3.027,5	1,00
Mecklenburg-Vorpommern	713,3	707,6	- 0,80
Niedersachsen	3.525,8	3.533,8	1,00

Länder	Grundzahlen in 1.000		Veränderung 2005 zu 2003 in %
	2003	2005	
Nordrhein-Westfalen	8.382,2	8.426,7	1,01
Rheinland Pfalz	1.767,6	1.779,7	1,01
Saarland	503,0	507,2	1,01
Sachsen	1.909,6	1.892,6	- 0,89
Sachsen Anhalt	1.008,2	987,9	- 2,01
Schleswig-Holstein	1.222,9	1.223,3	1,00
Thüringen	1.010,2	1.001,6	- 0,85
Deutschland	38.724,0	38.823,0	1,00
Alte Länder	31.544,7	31.680,9	0,43
Neue Länder (mit Berlin)	7.179,3	7.142,1	- 0,52

Quelle: Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Die Erwerbstätigenentwicklung verläuft in Bremen nach dem vorübergehenden Beschäftigungsaufbau 1999 bis 2001 seit dem Jahr 2002 kontinuierlich in negativer Richtung. Diese Entwicklung haben die meisten Länder bereits in den Jahren 2004/2005 zumindest teilweise durchbrochen, so dass in Bremen tatsächlich von einer Beschäftigungsschwäche gesprochen werden kann, die sich in einem zwölften Rang niederschlägt. Allerdings sind die Veränderungen der Erwerbstätigkeit im Betrachtungszeitraum 2003 bis 2005 nahezu bei allen Ländern eher als gering zu bewerten. Weder lassen positive Zuwachsraten auf einen nachhaltigen Beschäftigungsaufbau schließen, noch sind die Rückgänge mit deutlichen Beschäftigungseinbrüchen gleichzusetzen.

2. Wie bewertet der Senat den letzten Platz Bremens bei der Entwicklung der Wissenschaftsausgaben pro Einwohner/-in?

In dem im Bundesländerranking 2006 verwendeten Begriff der Wissenschaftsausgaben sind die Grundmittel der Länder und Gemeinden (Nettoausgaben minus unmittelbare Einnahmen) für die Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken (Funktionskennziffer 13 im Haushalt) und für Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen des Landes (Funktionskennziffern 16 und 17 im Haushalt) enthalten. Datenbasis ist die vom Statistischen Bundesamt erstellte Jahresrechnungsstatistik. In dem im Ranking angesprochenen Zeitraum 2002 bis 2004 sind erhebliche Umstellungen vorgenommen worden (z. B. Erfassung der Ausgaben der DFG, Erfassung der Versorgungskosten in neu definierten Funktionskennziffern etc.). Ein Problem der statistischen Zahlenbasis ist, dass es bundesweit unterschiedliche Zuordnungen von Wissenschaftsausgaben z. B. aufgrund von Sonderprogrammen der Länder, Ausgliederungen von Hochschulen und kaufmännische Buchführung der Hochschulen gibt, die, kombiniert mit einer nicht immer adäquaten Pflege der Kennzeichnungen, einen Jahresvergleich nicht unproblematisch machen. Im vorgelegten Bundesländerranking 2006 sind zudem Daten aus dem endgültigen Ist 2002 mit Sollzahlen 2004 verglichen worden. Für Bremen ist festzustellen, dass in 2002 in der Jahresrechnungsstatistik ein zu hoher Wert dokumentiert worden ist. In 2004 ist in der Studie für den Vergleich eine nicht alle Finanzierungsquellen erfassende Sollzahl zugrunde gelegt worden. Die Höhe der in der Studie festgestellten Reduzierung der Wissenschaftsausgaben um 89 € je Einwohner für Bremen ist falsch, da demzufolge in diesem Zeitraum (2002 bis 2004) die Wissenschaftsausgaben um rund 59 Mio. € hätten gekürzt werden müssen, was aber so gar nicht erfolgte.

Es bleibt festzuhalten, dass Bremen im Zeitraum 1995 bis 2002 erhebliche Anstrengungen zur Steigerung der Wissenschaftsausgaben vorgenommen hat. Diese Anstrengungen kumulieren in 2002. In der Folgephase ab 2003 ff. erfolgte in Bremen mit leichten Abstrichen eine Sicherung des erreichten Standes. Andere Länder hingegen, wie z. B. das Saarland, haben in Folge ihrer Sanierungsstrategie die Investitionen in Wissenschaft später als Bremen erhöht, oder, wie Bayern, einen vergleichsweise deutlich massiveren Exzellenzausbau betrieben mit der Folge, dass sie heute im Dynamikranking auf den vorderen Rängen liegen.

Die bremische Wissenschaft hat in Folge dieser finanziellen Anstrengungen sehr positive Erfolge erzielen können wie die Steigerung der Drittmittel von 1999 bis

2005 um 49 %, die Steigerung der Zahl der Studierenden von 1995 bis 2005 um mehr als ein Drittel, die Nominierung Bremens als Stadt der Wissenschaft, die Aufnahme Bremens in den Kreis der zehn Exzellenzuniversitäten mit dem Gewinn einer Graduiertenschule in der ersten Runde des Exzellenzwettbewerbs des Bundes und nicht zuletzt die private Exzellenzinitiative der Jacobs Foundation mit einer Spende von 200 Mio. € für die mit Hilfe Bremens gegründete IUB.

Bremen wird sich an der Konsolidierung des Erreichten orientieren.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Konstruktion des Gesamtindikators des Bundesländerranking 2006 dem Einzelindikator Wissenschaftsausgaben ein Gewicht von 1,7 % zumisst, so dass der Einfluss dieses Indikators auf das Gesamtergebnis marginal ist.

3. Wie bewertet der Senat die Ergebnisse der Studie in Bezug auf seine Sanierungsstrategie „Investieren und Sparen“?

Bezüge zwischen dem 1994 unter Berücksichtigung der damaligen Ausgangslage und der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichtes mit dem Bund festgelegten Sanierungskurs des Landes Bremen und der aktuell schlechten Bewertung des Landes Bremen im Bundesländerranking 2006 sind nur in sehr begrenztem Maße herzustellen.

Zielsetzung der wachstumsorientierten Komponente des bremischen Sanierungsprogramms war und ist – im Rahmen veränderter Rahmenbedingungen nach Auslaufen der Bundesergänzungszuweisungen – die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft, die über Einkommens-, Beschäftigungs- und Einwohnereffekte die Voraussetzungen schafft, durch Eigenanstrengungen, externe Entschuldung und Verhandlungen über eine Neugestaltung des bundesstaatlichen Finanzsystems konsolidierte Haushalte auf Dauer zu stabilisieren. Zentrale Vorgabe für die Gestaltung der Ausgabenseite ist deren Absenkung auf ein Stadtstaaten-gerechtes Mindestniveau zur Erreichung des Zwischenzieles eines ausgeglichenen Primärsaldos der bremischen Haushalte. Ergebnisse und Folgewirkungen auf diese Zielsetzungen gerichteter Maßnahmen spiegeln sich im Indikatorenspektrum des Ländervergleiches nur teilweise und zudem häufig unter verzerrendem Einfluss wider.

Hinsichtlich der Wachstumsziele ist bei den Kennzahlen des Rankings zur Entwicklungsdynamik festzustellen, dass

- die Entwicklung der Investitionsquote der öffentlichen Haushalte im Zeitraum 2003/2005 (Rang 4) zwangsläufig nicht mehr die Spitzenposition der Vorjahre einnehmen kann, weil zwischenzeitlich der Wendepunkt der besonderen Investitionsanstrengungen des Landes Bremen erreicht ist;
- die Betrachtung des (realen) BIP-Wachstums über einen Zeitraum von nur zwei Jahren (Rang 10) aufgrund der einzelnen Jahresergebnisse verzerrenden Einflüsse (insbesondere unternehmens- oder sektorenbezogene Strukturprobleme; Kleinheit des Stadtstaates, die dazu führt, dass Jahresveränderungsraten prozentual stärker zum Ausdruck kommen können als in Flächenländern) wenig aussagefähig ist und auch unter Dynamikaspekten eher durch eine längerfristige Vergleichsbetrachtung zu ersetzen wäre, in der Bremen eine vorhergehende Entkopplung von der Bundesentwicklung beim Wirtschaftswachstum inzwischen in einen parallelen Entwicklungsprozess umwandeln konnte. So ergibt sich in einer Langzeitbetrachtung 1996 bis 2005 für Bremen ein reales Wachstum von 13,0 %. Die bremische Entwicklung erscheint damit nicht auf einem der letzten Rangplätze, sondern an vierter Position nach Bayern, Saarland und Baden-Württemberg und – innerhalb Nordwest-Deutschlands – mit deutlichem Abstand auf Platz 1 vor Hamburg (9,8 %) und Nordrhein-Westfalen (9,5 %);
- die Entwicklungen der Erwerbstätigen (Rang 12) und der Arbeitslosenquote (Rang 16) durch Produktivitätsentwicklungen, statistische Bereinigungen (Zuordnung geringfügig Beschäftigter) und insbesondere durch die mit In-Kraft-Treten des SGB II entstandenen Neuabgrenzungen und -erfassungen in der Arbeitslosenstatistik in erheblichem Maße Verzerrungen aufweisen (vergleiche Antwort zu Frage 1);
- die Stabilisierung der Einwohnerentwicklung (Rang 8) angesichts der zuvor dauerhaften und massiven (Umland-) Wanderungsverluste des Bremens und

Bremerhavens und der sich für Großstädte insgesamt erst allmählich bessernden Position im Wettbewerb um Einwohner bereits einen bemerkenswerten Erfolg darstellt, wobei allerdings zwischen der Situation in Bremen-Stadt (+ 7.450 Einwohner im Zeitraum 2000/2005) und der ungleich schwierigeren Entwicklung in Bremerhaven zu unterscheiden ist,

- und die weiteren Indikatoren – unabhängig von der jeweiligen Einstufung Bremens – im Hinblick auf die Wachstumsziele des Landes
  - als wenig aussagefähig zu betrachten sind (Patentintensität [Rang 2] abhängig vom Einreichungsort/Sitz der Firmenzentrale); Entwicklung der ALG-II-Empfänger ([Rang 5] im Zusammenhang mit dem Niveau zu betrachten),
  - keinen direkten Bezug aufweisen (Umsatzrendite nach Steuern [Rang 12]; Eigenkapitalquote [Rang 1]),
  - sich mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Teil gegenseitig bedingen (Rang 2 bei der Gründungsintensität und Rang 13 bei den Unternehmensinsolvenzen) oder
  - methodisch verzerrend ausfallen (Ermittlung der strukturbereinigten Arbeitsproduktivität [Rang 6] über sektorale Gewichtung; vernachlässigt man diesen Strukturbereinigungseffekt und betrachtet den Produktivitätszuwachs auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, dann erzielt Bremen einen Anstieg von 4,8 % und liegt damit an dritter Position hinter dem Saarland [7,3 %] und Sachsen-Anhalt [6,7%] und insgesamt um 1,2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt [3,6%]).

Die Konsolidierungsziele der bremischen Sanierungsstrategie sind im Dynamikranking der Bundesländer in bedingtem Maße in der Beschäftigtenentwicklung des öffentlichen Dienstes (Rang 2) sowie in der bewusst auf den Länderdurchschnitt angepassten Schüler-Lehrer-Relation des Landes (Rang 12) ablesbar. Die übrigen verbleibenden Kennzahlen weisen hierzu keinen unmittelbaren Bezug auf (Straftaten [Rang 13] und deren Aufklärung [Rang 14] [hohe Abhängigkeit vom Meldeverhalten]) oder vermitteln unzutreffende Eindrücke (Rang 16 bei der Entwicklung der Wissenschaftsausgaben; vergleiche Beantwortung Frage 2). Die Entwicklung des Schuldenstandes (Rang 16) spiegelt wider, dass sich Bremen trotz erheblicher Sanierungsanstrengungen aufgrund massiver Einnahmeausfälle noch immer in einer extremen Haushaltsnotlage befindet, aus der sich das Land alleine, d. h. ohne die beim Bundesverfassungsgericht eingeklagten Sanierungshilfen, nicht befreien kann.

Eine Bewertung der bremischen Sanierungsstrategie ist mit dem Indikatorenpektrum Bundesländerranking 2006 ohne erhebliche methodische Korrekturen, statistische Bereinigungen bzw. Veränderungen der Betrachtungszeiträume daher nicht möglich.

4. Welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen will der Senat aus dem schlechten Abschneiden Bremens ziehen?

In den Antworten zu den Fragen 1 bis 3 wurde dargelegt, dass das vorliegende Bundesländerranking wegen der Konstruktion des gewählten Gesamtindikators keine Rückschlüsse auf die Sanierungsstrategie bzw. die Wirtschaftspolitik des Landes Bremen zulässt.

Gleichwohl ist der Senat der Ansicht, dass überregionale Vergleiche wichtige Hinweise für eine eventuell notwendige Veränderung seiner wirtschaftspolitischen Strategie geben können. In diesem Zusammenhang verweist der Senat auch auf seine eigenen im Jahr 2006 zum dritten Mal veröffentlichten Benchmark-Berichte, mit denen das Benchmarking als permanente Aufgabe in den Fachressorts etabliert wurde. Ziel des Benchmark-Prozesses ist es, anhand relevanter Indikatoren im Städte- und Ländervergleich auf Produktplanebene Konsequenzen für die Haushaltsgestaltung sowie für die zu formulierenden Ressortstrategien zu erörtern. Über diese Aktivitäten berichtet der Senat regelmäßig und umfassend gegenüber den parlamentarischen Gremien.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse seiner eigenen Benchmark-Aktivitäten und überregionaler Standortvergleiche Dritter sowie sich ständig verändernder gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist es das Ziel des Senats, die Wirt-

schafts- und Arbeitsmarktförderung stetig zu verbessern. Ressourceneinsatz und Ergebnisoptimierung sind dabei die relevanten Zielgrößen, die bei der Entwicklung von Förderprogrammen und der Beauftragung der Gesellschaften mit der operativen Umsetzung stets gesetzt und regelmäßig kontrolliert werden. Insgesamt zielt die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes auf die Schaffung günstiger Standortbedingungen der regionalen Wirtschaft. Zu diesem Zweck sind die Instrumente der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf eine durchgreifende Modernisierung der bremischen Wirtschaft gerichtet, um durch Erhöhung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der bremischen Unternehmen sowie Qualifizierung und Vermittlung der Arbeitnehmer die Arbeitsmarktsituation im Land zu verbessern. Grundlage dafür sind die Infrastruktur-, Technologie- und Investitions- sowie die Beschäftigungsförderprogramme des Landes, in denen ein ausdifferenziertes Instrumentarium (Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften, Risikokapital sowie nicht-monetäre Förderungen) zum Einsatz kommt.

Aus Sicht des Senats muss die Verzahnung von Wirtschaftsstrukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik auch künftig sichergestellt werden und kann auf Grundlage der vorhandenen Ansätze noch intensiviert werden.

Im Grundsatz bewährt hat sich dabei insbesondere die Auslagerung des operativen Geschäftes in die mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung beauftragten Gesellschaften. Soweit es erforderlich ist, bestimmte Aufgaben noch stärker zu konzentrieren, werden entsprechende Anpassungen vorgenommen, wie dies durch die vor kurzem erfolgte Neustrukturierung der BIG-Gruppe mit der Zusammenführung von BIG, WFG und BIA geschehen ist. Aufgabenteilung einerseits und Zusammenarbeit andererseits zwischen den Gesellschaften sind insbesondere auch zu den die Arbeitsmarktpolitik umsetzenden Gesellschaften (bag, brag) klar definiert; dies gilt auch für Bremerhaven (BIS und brag), wo gleichzeitig eine enge Anbindung an die Landespolitik gegeben ist.

Der Senat verfolgt in der Wirtschaftsförderung die konsequente Fortentwicklung und Umsetzung der gesetzten Schwerpunkte:

- InnoVision,
- Mittelstandspolitik (Bürokratieabbau und Stärkung der Eigenkapital-orientierten Instrumente sowie Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen),
- Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und Ausbau der damit verbundenen Logistik-Aktivitäten,
- Erhalt der industriellen Kernstrukturen und darüber Ausbau der unternehmensorientierten Dienstleistungen,
- weitere Anstrengungen im Fremdenverkehr,
- ein besonderer Schwerpunkt der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung wird auch weiterhin auf den Standort Bremerhaven gelegt.